

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Dresdener Zeitung Nr. 20.

Postamt Nr. 1100.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Ortha.

Nr. 112.

Montag, 17. Mai 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Verbilligung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (7 Spalten) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz Kontursatz. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verschiedenartige Unterhaltungsbeilagen, Erzähler an der Elbe, — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Druckerei: Buchdruckerei 39. Verantwortlich für den Inhalt: Arthur Schmal, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsstellstelle wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 15. Mai 1920.

Reichsstellstelle, Verwaltungsabteilung.

861 V LA III  
1584

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachttier und Schlachtwild vom 20. November 1919 (RGBl. S. 1903) werden für die Zeit vom 17. Mai bis 20. Juni 1920 einschließlich folgende Sätze als Gesamt-Einschlag für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt:

für Rinder, ausgenommen Kühe	56.— M.
„ Kühe	130.— „
„ Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurz-wolligen Fellen	118.— „
„ Schafe mit Böden	105.— „
„ Pferde einschließlich Fohlen, Stel, Maultiere und Maulesel	33.— „

Berlin, den 11. Mai 1920.

Reichsstellstelle, Verwaltungsabteilung. Der Vorsitzende: von Hertzen.

## Zucker zur Bienenernährung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. März 1920 wird den Beteiligten bekanntgegeben, daß infolge erhöhter Zuerweisung von Bienenernährung seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft es möglich ist, den Interessierten nicht nur 3, sondern 4 Pfund Zucker je Bienenvolk zuzuwenden. Hierzu tritt noch, um den Ansprüchen von Seiten der aus dem Felde und der Gefangenschaft Frühlingsbeuten, der Kriegsschädigten usw. einhergehenden Mängel und auch alle nicht gebuchten, aber bis Ende Mai 1920 vorhandenen Völker mit bedenken zu können, eine Belieferung der Bienenvölker mit 10 v. H. ihrer im Jahre 1919 in die Völkerverzeichnisse aufgenommenen Völker. Aus dieser Menge können auch die neuen Völker und zwar alle bis zu Ende Mai vorhandenen Völker mit je 4 Pfund beliefert werden.

Die Interessierten haben sich vor der Verteilung des Zuckers vor dem Vorhandensein der neu gemeldeten Völker genau zu überzeugen und sind dem Ministerium für unrichtige Angaben der Völkerverzeichnisse und der damit verbundenen falschen Verteilung des Zuckers verantwortlich bzw. machen sich strafbar. (Entziehung der gesamten Zuckermenge des Vereins.) Ueberhörschüsse oder Fehlbeträge bei den einzelnen Bienenzüchtern sind dem Bienenzüchterschaftlichen Hauptverein, Oberlehrer Ledmann, Rauschwitz b. Elstra, zwecks Ausgleichs bis 6. Juni 1920 zu melden.

Keinen Futterzucker erhalten diejenigen Imker, die ihrer Honigablieferungspflicht in den Vorjahren nicht reiflich genügt haben.

Großenhain, am 15. Mai 1920.

499 b III.

Der Kommunalverband.

## Ablieferung von Milch und Milchzeugnissen betr.

Der Eintritt besserer Futterverhältnisse hat eine erhöhte Milchzeugung zur Folge. Es muß daher auch eine vermehrte Ablieferung von Milch, Butter und Quark erwartet werden.

Die Milchüberwachungsämter erhalten hierdurch Anweisung, sofort und auf das Gewissenhafteste zu prüfen, ob der einzelne Milchhalter in der Gemeinde seiner vollen Ablieferungspflicht im Verhältnis seiner Milchzahl nachkommt. Säumilch-Milchhalter sind sofort zur vollen Ablieferung anzuhalten und nach Befinden hierher namhaft zu machen.

Der Kommunalverband erwartet, daß die Milchhalter ihre Milch und Milchzeugnisse nur auf dem geordneten Wege gegen Marken bez. an die örtlichen Sammelstellen zur Ablieferung bringen, damit diese den Versorgungsbedürfnissen des Bezirkes zu Gute kommen und zur Vermeidung der Zuschußverbände verwendet werden können. Wenn Milchhalter in dieser Hinsicht säumig sind, so wird der Kommunalverband unabweislich gerichtliche Bestrafung herbeiführen lassen und die Einführung des Vollkornzwanges in die Wege leiten.

225 c IV.

Der Kommunalverband.

## Dienstzeit der Bezirkssteuereinnahme Großenhain

vom 20. Mai 1920 ab  
von 7—12 und 2—5 Uhr, Sonnabends 7—11 Uhr,  
Rastenschnitt 3 Uhr, Sonnabends 12 Uhr.

Donnerstag, den 20. Mai, vorm. 11 Uhr soll in Cefit im Grundstücke der Mühlenwerke Delsig ein dort niedergelegtes eisernes Wasserfaß mit Hahnenkranz (Kranlage) versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.

## Bekanntmachung.

Die Straße Colmuth-Glaubig auf Ritterautsflur Glaubig ist vom 18. bis 21. Mai 1920 gesperrt. Der Verkehr wird über den Grenzweg nach der Großenhainer Straße verwiesen. Glaubig, am 17. Mai 1920.

Die Ritterautsverwaltung.

## Die deutsch-tschechischen Wirtschafts-Verhandlungen.

Wir sind in Deutschland durch ekstatische Hoffnungen so wenig verführt, daß die Beilegung umso größer ist, wenn einmal ein Lichtstrahl das schwere Sorgenweb der Wirtschaft durchbricht. Als solcher erscheint der Inhalt der Verhandlungen, die der Staatssekretär des tschech-slowakischen Handelsministeriums, Dr. Schuster, der zurzeit in Berlin weilte, einem Mitarbeiter der „V. B. R.“ über die Entwicklung der deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen darlegte. Danach sind schätzenswerte Vereinbarungen erzielt worden, die den tschech-slowakischen Wirtschaftskreis in ein geistliches Licht stellen. Ueber die Handelsbeziehungen ist ein geistliches Licht erzielt. Zoll-, Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhr-Angelegenheiten wie sozialpolitische Probleme, besonders das der Arbeiterversicherung, unterliegen verständnisvoller Beilegung. Das Kohlenabkommen, wie die Warenbesitzversicherung aus Deutschland und der deutschen Tschechoslowakei stehen hiermit in Zusammenhang. Wegen Beilegung von Schwierigkeiten im Verkehr, im Postwesen usw. bestehen tschech-slowakische Vereinbarungen. Was der an Bodenschätzen reiche Tschechoslowakei wirtschaftlich für das vom Weltverfall so gut wie abgekommene Deutschland in der Zukunft bedeutet, braucht nicht in einzelnen dargelegt zu werden. Er kann zu einem unserer Rettungsanker werden, vielleicht sogar neben Deutschland, zum Mitglied einer Zollunion sich herausbilden, wodurch dann der Raum einer Gedanken eines mitteleuropäischen Zollbündnisses, wenigstens in etwas, aus der europäischen Katastrophe Rettung und segensreiche Nebenergebnisse für sämtliche Beteiligten lände. Auf Großserbien sind wohl im geringeren Grade wirtschaftliche Erwartungen zu setzen.

## Landtagswahl in Braunschweig.

Wie die „Braunsch. Landesztg.“ meldet, wurden in der Stadt Braunschweig für den braunschweigischen Landtag abgehalten, auf die Liste Landeswahlverband Kiloff 27 271, auf Liste Vorreiter (Demokrat) 6896, Liste Riese (Rechtssozialist) 8929, Liste Weisemeier (Unabhängiger) 23 022 und Liste Omeier (Kommunist) 1692 Stimmen.

Mit den aus dem Lande vorliegenden Zahlen stellt sich das Wahlergebnis bis abends 10 Uhr für die Unabhängigen auf 47 250, für den Landeswahlverband auf 47 206, für die Rechtssozialisten auf 16 551, für die Demokraten auf 11 247 und für die Kommunisten auf 2044 Stimmen. (Nach diesem vorläufigen Ergebnis bleiben die bürgerlichen Stimmen um 7292 hinter denen der drei sozialistischen Parteien zurück.) Bei der vorigen Landtagswahl am 22. Dezember 1918 wurden in der Stadt Braunschweig für die Landeswahlverband vereinigten bürgerlichen Parteien 14 720, für die Demokraten 18 125, für die Rechtssozialisten 13 165 und für die Unabhängigen und Kommunisten 23 070 Stimmen abgegeben. Die Demokraten und Rechtssozialisten haben demnach erhebliche Stimmenverluste zu verzeichnen, während die Rechte und die radikale Linke bedeutenden Stimmenzuwachs buchen können. Von den 26 000 Wahlberechtigten haben gestern in der Stadt Braunschweig rund 20 000 gewählt. Der Wahltag ist in der Stadt Braunschweig ruhig verlaufen.

## Die Arbeiterpartei gegen Lloyd George.

Die britische Arbeiterpartei beschloß einen Propagandakampagne gegen Lloyd George zu unternehmen, weil der Premierminister angeblich die Vernichtung der Arbeiterpartei

## Die Konferenz in Sythe.

Vertagung der Konferenz von Spa.

Paris, 15. Mai.  
Nach einer Neuermeldung aus Sythe, haben Lloyd George und Millerand beschlossen, den alliierten Regierungen vorzuschlagen, die Konferenz von Spa auf den 21. Juni zu vertagen. Es soll eine Erklärung an die deutsche Regierung gerichtet werden.

London, 16. Mai.  
Die Besprechungen zwischen Lloyd George und Millerand haben hauptsächlich drei Punkte gezeugt: 1. Ob die Schadenersatzleistungen, die Deutschland zu leisten hat, ein Pauschalbetrag sein soll oder ob sie in festen jährlichen Zahlungen geteilt werden könne; 2. Ob ferner jährliche Raten einzeln festgesetzt werden sollen, die auf der Grundlage eines bestimmten Mindestbetrages einen Prozentsatz der deutschen Leistungsfähigkeit darstellen würden; 3. Ob Frankreich, nachdem die Befestigungs- und Entschärfungskosten an Belgien gezahlt sind, einen Vorzug genießen könne.

Es verlautet, daß England sich verpflichtet hat, sofort den Vereinigten Staaten einen sehr großen Teil der Kriegsanleihe, die es von den Bundesgenossen geliehen hat, zu bezahlen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß Amerika sich bereit erklärt, einen gleichen Betrag wie England zurückzahlen und deutsche Papiere etwa in dem Betrag zu diskontieren, wie ihn Deutschland an Frankreich zu zahlen hat.

Aus einer amtlichen Meldung geht hervor, daß außer der Finanzsicherung der Konferenz von Spa bis nach den Reichstagswahlen vertagt wurde, vorläufig das Versailles-Abkommen in vollem Umfang aufrecht zu erhalten und zwar hauptsächlich in Bezug auf die Abrüstung. Bezüglich der Entschärfungskosten stimmte Millerand der Festsetzung eines Pauschalbetrages zu, wenn nur Frankreich einen Vorschub von Deutschland erhält.

Paris, 16. Mai.  
Die Konferenz von Sythe ist gestern mittag beendet worden. Ministerpräsident Millerand hat Hoffnungen nachmittags an Bord der „Albatros“ verlassen. Millerand und Lloyd George werden sich vor der Konferenz in Spa nochmals besprechen. Es ist nach Spas ein Einverständnis im Prinzip und im wesentlichen erzielt worden. Die Finanzsicherheiten sollen die Einzelheiten in London regeln. Ihr Bericht wird, bevor er endgültig angenommen wird, Gegenstand einer erneuten Prüfung sein.

Paris, 16. Mai.  
Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ mitteilt, soll Millerand der Vertagung der Konferenz von Spa nur unter der Voraussetzung zugestimmt haben, daß dadurch die

als Parole für die Koalition ausgegeben hat. Die Absicht der Arbeiter ist es, einen Propagandafonds von 2 Millionen Pf. Sterling zusammenzubringen.

## Die Friedensresolution im amerikanischen Senate angenommen.

Das amerikanische Senate hat die Friedensresolution angenommen.

Ergänzend wird von Reuters berichtet: Der Senat hat die Resolution betr. die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland und Österreich mit 43 gegen 38 Stimmen angenommen. Er hat an die Stelle der kürzlich vom Repräsentantenhaus angenommenen Resolution, die des Senators Knox, gefehlt.

sofortige Ausführung der Entschärfungskosten nicht aufschalten werde. Man werde sich auch in Spa mit den Vertragsverletzungen beschäftigen. Auf Veranlassung von Millerand sei diese Entscheidung nach Prüfung eines Berichtes von General Nollet getroffen worden. Der Korrespondent glaubt hinzufügen zu können, daß die Deutschen in Spa nicht als gleichberechtigt behandelt werden würden. Sie würden vor den Alliierten erscheinen, wie jemand, der falliert habe, vor seinen Konkursverwaltern. Ihre Vorschläge würden nicht in ihrer Gegenwart erörtert werden. Sie hätten nur Aussicht auf erteilen über ihre Zahlungsfähigkeit und über die Ausführungsmodalitäten. Die alliierten Sachverständigen allein hätten das Recht, die Entschärfungskosten, die Deutschland bezahlen müsse, festzusetzen.

(Anwiefern diese Meldung, die lediglich die Meinung des „Matin“-Korrespondenten wiedergibt, zutrifft, wird sich ja zeigen. Vorläufig steht fest, daß Lloyd George seine Ansicht, daß die Deutschen Delegierten als gleichberechtigt behandelt werden, bisher nicht widerrufen hat. Daß Frankreich die Aussage Lloyd Georges nicht wahr, weiß man längst.)

## Die Räumung der neubesetzten Gebiete.

Paris, 17. Mai.  
Das meldet: General Nollet, der Chef der internationalen militärischen Kontrollkommission, bestätigte offiziell, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone die vorgeschriebene Zahl nicht überschreiten. Infolgedessen hat Marschall Foch den Befehl gegeben, die neu besetzten Gebiete zu verlassen und die Besatzung an die ehemalige Grenze des Brückenkopfes zurückzuführen. Die Rückzugsbewegung wird am Montag, den 17. Mai, stattfinden.

Frankfurt, 17. Mai.  
Wie die französischen Behörden den hiesigen amtlichen Stellen gestern früh mitgeteilt haben, wird die Räumung Frankreichs und des Rainganes Montag, den 17. Mai, früh ab 4 Uhr beginnen. Um während der Räumung unliebsamen Vorfällen vorzubeugen, fordert die französische Behörde für Montag früh Gesein und zwar Regierungspräsident Gohmann, Oberbürgermeister Voigt, Polizeipräsident Ehrler, Stadtvorstandsvorsteher Hopf, Stadtrat Dr. Kumpf, Stadtverordnetenversammlung eine Bürgschaftssumme von 1 Million Mk. hinterlegt werden. Wie die „Tagesztg.“ hört, erhält die Polizei einen erheblichen Teil der ihr vor einer Woche abgenommenen Gewehre zurück.

Strüßel, 17. Mai.  
Die belgischen Truppen in der Gegend von Frankfurt haben Befehl erhalten, aus ihren jetzigen Stellungen abzuziehen.

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.  
Eine apostolische Nuntiatoren in Berlin. Der Kardinalstaatssekretär hat dem deutschen Botschafter beim Vatikan eine Note übergeben, in welcher der deutschen Regierung die bevorstehende Erhebung einer apostolischen Nuntiatoren in Berlin bekannt gegeben wird. Als erster Nuntius ist der gegenwärtige Nuntius in München Mar. Pacelli in Aussicht genommen, für den das Agreement der deutschen Regierung nachgeklagt wird.

Wilde Verbungen verboten. Vom Reichswehrministerium wird erneut darauf hingewiesen, daß alle wilden Verbungen verboten sind und mit Strafe belegt werden.

Die Streikbewegung der Bankbeamten. In der Berliner Versammlung der Bankangehörigen am Sonnabend erklärte der Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, daß eine Einigung mit dem